

Wochenendausgabe, 29. September 2007 | Insel Usedom links

Kohlekraftwerk schreckt vor allem Lubminer Gäste

Inwieweit das in Lubmin geplante Steinkohlekraftwerk dem Tourismus schade, soll demokratisch im Rahmen der Mitgliederversammlung des TVIU abgewogen werden, auf der Basis des Gutachtens zur Tourismusverträglichkeit.

Ückeritz. „Wir werden tun, was wir können, damit das Gutachten allen Interessierten zur Verfügung steht“, sagte am Donnerstagabend Gerd Schulz, Vorsitzender des Tourismusverbandes der Insel Usedom (TVIU). Aber: „Das Gutachten ersetzt nicht die Meinung des Tourismusverbandes. Diese bilden wir uns, anders als die Kollegen auf Rügen und obwohl wir seit Januar dazu gedrängt werden nach umfassender Information zur Mitgliederversammlung Anfang Dezember“, so Schulz.

Zuvor hatten Prof. Martin Benkenstein und Prof. Edgar Keilkamp im Gutachtenentwurf anhand statistischer Erhebungen vergleichbarer Regionen ein Szenario möglichen Gefahren entwickelt. Danach sei die Sichtbarkeit der Industrieanlage auch nach der jüngsten Verkleinerung noch für den Inselsüden Rügens und den Lubminer Strand gegeben. Von Usedom aus sei das Kohlekraftwerk lediglich vom Dach des Peenemünder Kraftwerkes zu sehen.

Für die Einschätzung der Belastung durch Emission werde ein separates Gutachten erarbeitet, das vom Staatlichen Amt für Umwelt und Natur bewertet wird, so Benkenstein. Für die Touristiker sei wichtig, das in der Region kein Ort seinen Seebad- bzw. Seeheilbadstatus verliere. Sowohl Lubmin als auch für den Usedomer Norden wie der Süden Rügens könnten betroffen sein, weshalb vor dem (eventuellen) Bau auf die Einhaltung der Grenzwerte laut Kurortgesetz 2000 gedrungen werden muss, sagte Kreilkamp. Dabei, so die Bürgerinitiative, sei unbedingt die Summierung der künftigen Belastungen durch Einzelvorhaben zu beachten.

Keine klare Vorstellung konnte Prof. Kreilkamp zur befürchteten Boddenerwärmung vermitteln. Nur soviel – sollte es in Folge einer Boddenerwärmung zur Blaualgenblüte kommen, würde der Tourismus stark betroffen sein. Besonders in Folge überregionaler Berichterstattungen prognostizierte Kreilkamp, mit Hinweis auf die Auswirkungen der Vogelgrippen-Berichterstattung auf Rügen, zeitweise Gästerückgänge von bis zu 30 Prozent. Eine rückläufige Entwicklung erwartet er außerdem für die Segelschiffahrt im Greifswalder Bodden. Insofern sein Rat an die Kraftwerksgegner, Ansinnen und Bedenken möglichst über regionale Medien zu veröffentlichen. „Ein Bericht in der Abendsendung bei ARD und wir müssen mit ähnlichen Folgen rechnen, wie bei der Vogelgrippe“, so Kreilkamp.

Vertreter der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ bemängelten u.a., dass die Prognose weitere Investitionsvorhaben zu Kraftwerken in der Region und das Zusammenwirken mit Klimaveränderungen vernachlässigt. „Es fehlen nachhaltige Prognosen, zum Beispiel zur Wechselwirkung mit dem erwarteten Anstieg des Meeresspiegels“, sagte z.B. der Ahlbecker Joachim Schultz. Ganz offensichtlich hatten sich die Kraftwerksgegner vor allem auch auf die Auswirkungen auf Natur und Menschen in der Region erwartet.

Prof. Kreilkamp antwortete, dass das nicht sein Job gewesen sei. In dem von ihm und seinem Kollegen erarbeiteten Gutachten gehe es um die Auswirkungen auf den Tourismus. Die Anliegen der Kritiker müssten durch andere Gutachten geprüft werden. A.G.

## **Gutachten: Tourismus droht Image-Problem durch Kraftwerk**

*dpa-Meldung, 05.10.2007 (17:25)*

**Rostock - Durch den Bau des geplanten Kohlekraftwerks in Lubmin droht der Tourismusregion auf den Inseln Usedom und Rügen einer Studie zufolge ein Image-Problem. Die Gutachter fordern deshalb, im Genehmigungsverfahren die genauen Auswirkungen des Kraftwerks auf den Tourismus etwa durch drohende Staubbelastungen zu prüfen.**

Eine Gefährdung des Seebad-Status sei nach jetzigem Erkenntnisstand aber für keinen der Tourismusorte in Vorpommern erkennbar, sagte der Rostocker Tourismusexperte Martin

Benkenstein am Freitag. Benkenstein und sein Kollege Edgar Kreilkamp (Lüneburg) empfehlen weiter, die Diskussion um das umstrittene Kraftwerk im Land zu belassen, um das Imageproblem zu minimieren.

Das Gutachten wird im Auftrag des dänischen Energiekonzerns Dong Energy erstellt, der in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk mit einer Leistung von 1600 Megawatt errichten will. Es soll Ende Oktober dem Auftraggeber vorgelegt werden. Bis dahin wollen die Gutachter auch Empfehlungen erarbeiten, mit welchen Maßnahmen die Seebäder die touristischen Einbußen durch den geplanten Kraftwerksbau ausgleichen können, kündigte Benkenstein an.

Der Bäderverband forderte am Freitag ebenfalls eine genaue Prüfung der Auswirkungen des geplanten Kraftwerksbau auf den Tourismus. Der Verband spreche sich massiv gegen Vorhaben aus, die Investitionen im Tourismus in Frage stellen und die Prädikatisierung der Kur- und Erholungsorte gefährden, teilte der Präsident des Verbandes, Mathias Löttge, in Graal-Müritz mit. Ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern, das sich auf den Tourismus und Gesundheitstourismus stütze, könne nicht Investitionen zulasten des prosperierenden Wirtschaftszweigs Tourismus zulassen, sagte Löttge.

Der Umweltverband WWF warnte vor einer Einleitung von Kühlwasser in den Greifswalder Bodden: "Das Kühlwasser führt zu einer Erwärmung, einer Änderung des Salzgehaltes und des Nährstoffgehaltes mit großen Auswirkungen auf die Flora und Fauna", sagte Cathrin Münster vom WWF- Büro in Stralsund.

Am negativsten würde sich nach Meinung der Tourismuskritiker das Kraftwerk auf den Tourismus im Seebad Lubmin auswirken, wo das Kraftwerk "physisch präsent" sei. Dort sei mit Einbußen von zehn Prozent zu rechnen. "Wir empfehlen Lubmin, sich stärker im Bereich des Geschäftstourismus zu profilieren", sagte Benkenstein. Komme es allerdings durch eine Erwärmung des Greifswalder Boddens zu einer Blaualgenblüte, sei mit massiven Tourismuseinbußen von bis zu 30 Prozent in der betroffenen Saison zu rechnen.

In ihrer Studie fordern die Kritiker nicht den Verzicht des Kraftwerks, wie Benkenstein sagte. Die Region hatte mit dem früheren Kernkraftwerk und habe aktuell mit dem atomaren Zwischenlager schon immer für den Tourismus sensible Industrien vor Ort, die sich nicht negativ auf die touristische Entwicklung in der Region ausgewirkt hätten.

Montag, 08. Oktober 2007 | Hansestadt Greifswald

Bäderverband warnt vor Panik

**Lubminer Heide** Der Bäderverband Mecklenburg-Vorpommern hat vor Panikmache in Bezug auf das bei Lubmin geplante Steinkohlekraftwerk gewarnt. Zugleich sprach er sich gegen Vorhaben aus, die Investitionen im Tourismus in Frage stellen und die Prädikatisierung der Erholungsorte gefährden. Es sei wichtig, beim Kohlekraftwerk Lubmin genauestens hinzuschauen.

Dienstag, 09. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Linkspolitikerin Syrbe für Kohlekraftwerk in Lubmin

Greifswald (dpa) Wirtschaftsverbände, Verkehrsministerium sowie die Linkspolitikerin und Landrätin von Ostvorpommern, Barbara Syrbe, haben sich innerhalb des Bündnisses für Arbeit in Vorpommern für den Bau des umstrittenen Steinkohlekraftwerks in Lubmin ausgesprochen. Als erste Politikerin der Linken begrüßte Syrbe die geplante Investition des dänischen Energiekonzerns Dong Energy.

Lubmin sei ein herausragender Industriestandort. Gerade in einer von starker Arbeitslosigkeit geprägten Region gebe es eine besonders hohe Verantwortung, Arbeitsplätze zu schaffen, sagte Syrbe gestern nach dem Treffen des Vorpommern-Bündnisses.

Verkehrsminister Otto Ebneth (SPD) stellte sich erneut hinter den Kraftwerksbau. Das Steinkohlekraftwerk sei eine Schlüsselinvestition für Lubmin. Nach den Worten Ebneths ist auch der Fährhafen Sassnitz-Mukran in den kommenden Jahren ein wichtiger Motor für die

wirtschaftliche Entwicklung Vorpommerns. Dort will das deutsch-russische Unternehmen Nord Stream ein Rohr-Werk für die geplante Ostsee-Pipeline mit rund 400 Arbeitsplätzen schaffen. Für das Großprojekt der Norddeutschen Erdgasleitung (NEL) hat gestern das Raumordnungsverfahren begonnen. Gemeinden, Verbände und Bürger in MV können bis 16. November Einwände abgeben.

Dienstag, 09. Oktober 2007 | Hansestadt Greifswald

Mit Postkarten gegen das Kraftwerk

Greifswald Mit einer Postkarten-Aktion will der Bund für Umwelt und Natur in Deutschland (BUND) gegen den geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerks in der Lubminer Heide Front machen. Das Kraftwerk vertrage sich nicht mit dem Ziel der Landesregierung und der Tourismuswirtschaft, das Land zum Gesundheitsland Nr. 1 zu machen, erklärte die Organisation.

Die satirisch gestaltete Postkarte könne unter Telefon 0385 56 54 70 auch in größerer Stückzahl bestellt werden, so der BUND. Sie sei direkt an Landeswirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) adressiert. Der Politiker habe sich in den letzten Monaten widersprüchlich über das Vorhaben bei Lubmin geäußert, kritisierte der Naturschutzreferent des BUND, der Biologe Arndt Müller.

Einerseits habe Seidel die Zuwächse bei den Urlauberzahlen auf Rügen und Usedom gerühmt, andererseits unterstütze er das Steinkohlekraftwerk der dänischen DONG Energy, das mit Tonnenlasten an Schwefeldioxid, Stickoxiden, Blei, Arsen und Quecksilber den Ruf des Seebades Lubmin in kurzer Zeit ruinieren würde, argumentierte der BUND-Sprecher.

Nicht nur dem regionalen Tourismusgeschäft drohe, wie von Rostocker Wissenschaftlern als Möglichkeit aufgezeigt, ein Einbruch. Auch die Küstenfischerei, so Arndt Müller, dürfte sich einem neuen Risikofaktor gegenüber sehen. Laut Angaben von DONG Energy würde ein Steinkohlekraftwerk bei Lubmin rund 1000 Kilogramm Quecksilber pro Jahr emittieren.

Quecksilber sei sehr giftig, besonders, wenn es in Methylquecksilber umgebaut worden sei. Das reichere sich in Fischen an, nehme über die Nahrungskette zu und gefährde dadurch insbesondere Menschen, die sich regelmäßig von Fisch ernährten, erklärte die Naturschutzorganisation.

Dienstag, 09. Oktober 2007 | Wirtschaft

Institut: Klimawandel bringt Wirtschaft neue Chancen

Hamburg (dpa) Die deutsche Wirtschaft wird in Zukunft überdurchschnittlich vom Klimawandel profitieren. In dem Milliardenmarkt habe sich Deutschland in zahlreichen Branchen zum Marktführer aufgeschwungen, heißt es in einer gestern in Hamburg vorgestellten Studie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) und der Berenberg Bank. „Die Wirtschaft hat oft über die Kostenbelastung durch grüne Politik geklagt“, sagte HWWI-Chef Thomas Straubhaar. „Jetzt kommt die Zeit des Erntens.“ Für Anbieter „grüner Technologien“ könnten die Märkte bis 2030 um durchschnittlich acht Prozent wachsen.

## **Lerserforum**

Dienstag, 09. Oktober 2007 | Leserforum

DAS THEMA: Steinkohle-Kraftwerk Lubmin

Pläne spalten eine Region

Die Pläne für ein Kohlekraftwerk in Lubmin sorgen für Aufregung im Land. Leser äußern dazu Pro und Kontra.

Leonhard Bienert, Greifswald:

Der BUND und fast alle Grünen – eigentlich bin auch ich einer, nur etwas gelb (Kernkraft) angestrichen – denken nach wie vor: Mit den alternativen Stromerzeugern kann man ganz Deutschland und den Rest der Welt versorgen. Aber das klappt nicht! Wenn kein Wind weht, dann erzeugen die Windmühlen keine Energie. Wenn die Sonne nicht scheint, und das ist in der Nacht so, dann kommt kein Strom aus der Solarzelle. Also bleibt nur noch das Biogas, aber da müsste man auch mehr Tiere halten oder man verwendet Nahrungsmittel, die es ja bei uns

genug gibt. Beim Einsatz dieser Energieerzeuger sind Grenzen vorgegeben, das müsste ein normal denkender Mensch eigentlich erkennen. Also muss man Regelkraftwerke einsetzen, um zumindest die Spannung und die Netzfrequenz zu halten. Aber was für Kraftwerke? Die alten Kohlekraftwerke in den alten Bundesländern müssen in naher Zukunft ersetzt, die Kernkraftwerke sollen abgeschaltet werden. Industrien wandern ab und damit die Arbeitsplätze. Am Besten wäre es, der Mensch schafft sich zum Wohle der Natur ab. . .

Ernst Rodenbeck, Lübstorf:

Deutschland will Vorreiter sein in Sachen CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Das beruhigt das geneigte Publikum – wird aber am Klimawandel überhaupt nichts ändern. Wie aber will Deutschland sein Ziel überhaupt schaffen, wenn massenweise Kohlekraftwerke in Planung und Realisierung sind? Klimawandel hat es seit Millionen von Jahren gegeben. Allein unsere jetzige Technik versetzt uns in die Lage, zu erahnen (nicht zu wissen!), dass sich das globale Klima mal wieder ändert. Aber unabhängig davon – Lubmin wird die Welt nicht retten –, dass Deutschland den ganz großen Klima- Vorreiter mimt, ist es absolut unverständlich, dass hier zuhauf Kohlekraftwerke gebaut werden. Aber den Autofahrer tritt man, wo es geht. Der Ausstoß eines Kohlekraftwerkes frisst die CO<sub>2</sub>-Einsparung bei Millionen Pkw mehr als auf. Dass Lubmin den aufblühenden Tourismus gefährden könnte, wird eine Randnotiz der Geschichte bleiben. Andere Regionen mit einem Kraftwerk in der Nähe werden auf Dauer auch nicht von den Menschen und Touristen gemieden. Bayern und Baden-Württemberg haben auch Kraftwerke – und leben ganz gut.

Stefan von Schmidt, Rostock:

Statt sich jeden Tag eine neue Studie durchzulesen, wäre es für alle Interessierten viel einfacher, sich die Realität anzusehen! Die selben Diskussionen gab es vor 15 Jahren in Rostock. Inzwischen haben alle praktische Erfahrungen mit dem Kraftwerk sammeln können. Die Kurdirektoren in Warnemünde und Graal-Müritz, der Förster in der Rostocker Heide und das STAUN in Rostock können sicher ein realeres Bild vom Leben in der Nähe eines Kohlekraftwerkes zeigen als diese Studie!

Michael Theissen, Lobbe:

Bezüglich des Kraftwerkbaus in Lubmin fehlt mir in der Presse die Recherche über die Motivation der befürwortenden Politiker. Während Kommunalpolitik und Bürgerinitiativen seit Monaten auf die katastrophalen Auswirkungen des Baus für den Tourismus und für die Natur hinweisen, halten Schweriner und Berliner Politiker stur an der Realisierung des Bauvorhabens fest. Dieses den Bürger schädigende Verhalten kann man mit Ignoranz und Dummheit nur schwer erklären. Besonders, da die verheerenden volkswirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen auf der Hand liegen. Welche Beweggründe haben die Politiker? Geht es um Macht und Sicherung eigener politischer Karrieren oder winken vielleicht aus dunklen Kanälen andere Anreize?

Burkhard Meyer-Boeer, Hannover:

Wenn die Politik ihren Plan weiterverfolgt, hat sie sich zum Verlierer gemacht. Die hässliche und grauenhafte Teilung unseres Landes hat uns wenigsten eine intakte Natur vererbt. 140 neue Arbeitsplätze stehen nicht im Verhältnis zum Wegfall der Touristen. Deren Kaufkraft ist nicht zu unterschätzen. Gravierender ist aber der negative Einfluss auf das ökologische System. Dauerhafte Schäden werden auftreten. Die Suche nach einem anderen Standort ist dringend angesagt.